BvCW Branchenverband Cannabiswirtschaft e.V.

Wahlprüfsteine der Cannabiswirtschaft zur Bundestagswahl 2021

Fragen & Antworten der im Bundestag vertretenen Parteien

ELEMENTE

Materialien zur Cannabiswirtschaft

Band 14

Inhaltsverzeichnis

1. Tabellarische Übersicht 3
2. Fragen & Anworten 4
2.1 Forschung & Förderung zu Cannabis 4
2.2 Maßnahmen zum Nutzhanf - Herausnahme aus dem BtMG 6
2.3 Grenzwerte und Entbürokratisierung von Nutzhanf 7
2.4 Rechtssicherheit & Grenzwertfindung Cannabinoide (z.B. CBD) 9
2.5 Medizinalcannabis - Gleichstellung von Selbstzahlern mit Kassenpatienten 10
2.6 Medizinalcannabis - Vereinheitlichung der Regularien 11
2.7 Medizinalcannabis - Regressausschluss für Ärztinnen und Ãrzte 12
2.8 Normalisierung des legalen Cannabishandels 14
3. Auszug aus den Wahlprogrammen zur Cannabis- / Drogenpolitik 15
4. Weiterführende Materialien 19

Redaktionelle Anmerkungen:

Am 17.06.2021 wurden die Fragen an die im Bundestag vertretenen Parteien durch den BvCW eingereicht. Zulässig waren jeweils maximal 8 Fragen mit max. 300 Zeichen. CDU/CSU beantworteten die Fragen zusammen. Bis Redaktionsschluss am 31.08.2021 haben wir die eingegangenen Antworten berücksichtigt.

Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker aus den Fraktionen im Deutschen Bundestag haben teilweise weitergehende Forderungen als ihre Partei erhoben (z.B. auf Nachfrage des BvCW oder in öffentlichen Veranstaltungen). Diese haben wir in den Materialien dokumentiert (siehe Seite 19), aber nicht in die Auswertung der hier vorliegenden Antworten der Parteien eingearbeitet.

Impressum:
ELEMENTE - Materialien zur Cannabiswirtschaft
Schriftenreihe des Branchenverband Cannabiswirtschaft e.V. (BvCW)
Herausgeber: BvCW e.V., Luisenstr. 54, 10117 Berlin
Verantwortlich: Jürgen Neumeyer
Band 14 V2.0 - Wahlprüfsteine der Cannabiswirtschaft zur Bundestagswahl 2021 - Fragen & Antworten der im Bundestag vertretenen Parteien
Redaktionsschluss: 31.08.2021

BvCW

Wahlprüfsteine der Cannabiswirtschaft zur Bundestagswahl 2021

1. Tabellarische Übersicht

	CDU/CSU	SPD	AfD	FDP	Die LINKE	B90/Grüne
1. Förderung & Forschung zu Cannabis			—			
2. Maßnahmen zum Nutzhanf - Herausnahme aus dem BtMG	[1]	[1]	—			
3. Grenzwerte und Entbürokratisierung von Nutzhanf	[1]	[1]	—			
4. Rechtssicherheit & Grenzwertfindung Cannabinoide (z.B. CBD)			—			
5. Medizinalcannabis: Gleichstellung von Selbstzahlern mit Kassenpatienten			—			
6. Medizinalcannabis: Vereinheitlichung der Regularien			—	[2]		[2]
7. Medizinalcannabis: Regressausschluss für Ärztinnen und Ärzte			—			
8. Normalisierung des legalen Cannabishandels			—			

Entspricht weitgehend oder voll den Forderungen des BvCW

Entspricht überwiegend den Forderungen des BvCW

Entspricht zum Teil den Forderungen des BvCW

Entspricht nicht den Forderungen des BvCW

Keine Antwort

[1]Die Bundestagsfraktionen stellten hierzu bereits Änderungsbedarf fest, siehe Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft. Bundestagsdrucksache 19/31100: https://dserver.bundestag.de/btd/19/311/1931100.pdf

[2]Laut FDP und Grünen liegt die Zuständigkeit hierzu nicht bei der Bundespolitik.

BvCW

2. Fragen & Anworten

2.1 Forschung & Förderung zu Cannabis

1. Inwieweit werden Sie sich für die Forschungsförderung zu den Potentialen von Hanf (medizinisch, Nutzhanf, Baustoff, Lebensmittel, Cannabinoide, Green Deal) einsetzen um Deutschland wieder wirtschaftlich international anschlussfähig zu machen? Welche zusätzlichen Förderungen möchten Sie einrichten?

CDU CSU

Vorbemerkung: Eine Legalisierung illegaler Drogen lehnen wir ab. Zu groß sind die gesundheitlichen Folgen für den Einzelnen und die Auswirkungen auf Familie, Umfeld und Gesellschaft. Wer legalisiert, der stellt gerade nicht Gesundheits- und Jugendschutz in den Mittelpunkt der Drogenpolitik, entzieht sich seiner Verantwortung und lässt Betroffene sowie ihre Angehörigen mit den Problemen allein. Das ist nicht unser Weg. Was wir brauchen, sind Aufklärung sowie frühe und massentauglichere Sanktionen, die der Tat auf dem Fuße folgen und unmittelbar zur Wahrnehmung von Beratungs- und Therapieangeboten veranlassen.

Mit Fokus auf die medizinische Anwendung der Hanfpflanze begrüßen wir Forschungsansätze über innovative Darreichungsformen und Potentiale von Cannabinoid- Arzneimitteln. Darüber hinaus erkennen wir einen großen Nutzen von Hanf als natürlichen, nachwachsenden Baustoff. CDU und CSU wollen nachhaltiges und bezahlbares Bauen fördern. Das heißt für uns, umweltfreundliche Baustoffe wie Holz, aber solche auf Hanfbasis, zu verwenden. Nachwachsende Rohstoffe helfen dem Klimaschutz und ermöglichen massive CO_2-Einsparungen in der Bauwirtschaft.

SPD

Die von Ihnen adressierte Forschungsförderung zielt auf verschiedene Ressorts der Bundesregierung ab. Grundsätzlich steht die SPD dem Produkt Hanf in all seinen Ausprägungen und Anwendungsgebieten als natürlichem und innovativen Produkt ausgesprochen aufgeschlossen gegenüber. Mit großer Aufmerksamkeit verfolgen wir z.B. die laufenden Studien zum Einsatz von Cannabis als Medizin für verschiedene Indikationen. Wir haben uns als SPD wiederholt für eine gezielte Forschungsförderung gerade von Cannabis als Medizin im Rahmen unserer Regierungsverantwortung stark gemacht. Wir konnten aber auch feststellen, dass sich der Markt und diel laufenden Studien sehr dynamisch entwickeln. Wir werden diesen Prozess auch in Zukunft sehr aufmerksam verfolgen und die Frage der Förderungswürdigkeit in erneuter Regierungsverantwortung auch fortgesetzt intensiv prüfen und ggf. auch handeln.

AfD

Bisher keine Antwort eingegangen.

Freie Demokraten FDP

Bevor über eine gezielte Förderung von Hanfprodukten diskutiert wird, sollte zunächst die von uns Freien Demokraten geforderte kontrollierte Freigabe von Cannabis zu Genusszwecken an Erwachsene erfolgen. Unser Ziel ist es, in sämtlichen Bereichen Bürokratie abzubauen und als Standort attraktiver für Start-ups und innovative Technologien zu werden. Wir wollen die Gründung einer Deutschen Transfergemeinschaft (DTG) auf den Weg bringen. Sie soll unab-

hängig agieren und als Selbstverwaltungseinrichtung sowohl technologische als auch soziale Innovationen unterstützen. Förderfähig sind Projekte unter Beteiligung einer Hochschule einerseits und einem Unternehmen aus Wirtschaft oder Zivilgesellschaft andererseits. Die DTG wäre ein One-Stop-Shop, der Transfer-Know-how bündelt und kostenneutral durch bislang auf mehrere Ministerien verteilte Transferfördergelder finanziert wäre. Software- und Hightech-Unternehmen sowie Start-ups werden so in ihrer Leistungs- und Innovationskraft gestärkt.

DIE LINKE.

DIE LINKE sieht enormes Potenzial in der vielfältigen Nutzung von Hanf. Das hat sie wiederholt deutlich gemacht (vgl. Antrag "Potenziale des Nutzhanfanbaus voll ausschöpfen", Bundestagsdrucksache 19/25883). Die Förderung von Wissenschaft und Forschung zur vielfältigen Nutzung von Hanf spielt dabei wichtige Rolle. Dazu gehört unter anderem der Anbau- und Erntetechnik sowie Verarbeitung, Anwendung und Therapien des Medizinalcannabis und das Ermöglichen von Sortenzüchtungen. Zudem sollte über eine Förderung von Nutzhanf als Zwischenkultur im Rahmen der GAP nachgedacht werden.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Die Prohibition von Cannabis zu Genusszwecken beeinträchtigt auch die Forschung und Nutzung im Zusammenhang mit Nutzhanf, CBD und Cannabis als Medizin. Wir GRÜNE sprechen uns dafür aus, Cannabis grundsätzlich aus dem Betäubungsmittelgesetz zu streichen und kontrolliert abzugeben und so auch Forschungshemmnisse abzubauen. Der wissenschaftliche Umgang mit Cannabis sowie der Anbau von Nutzhanf (mit einem THC-Gehalt von unter 0,2 %) sollen nicht genehmigungspflichtig sein, werden aber anzeigepflichtig. Die Förderung von Wissenschaft und Forschung soll ausgebaut werden, insbesondere in den Bereichen Anbau- und Erntetechnik sowie Verarbeitung, gesundheitlicher Nutzen und Verbraucher*innenschutz von Produkten auf Basis von Cannabidiol und anderen Cannabinoiden, Sortenzüchtung. Mehr Forschung kann dazu beitragen, Cannabis als Medizin gezielt einsetzen zu können und Leiden zu lindern.

2.2 Maßnahmen zum Nutzhanf - Herausnahme aus dem BtMG

2. Welche Maßnahmen wollen Sie zum Thema Nutzhanf nach der Bundestagswahl ergreifen? Setzen Sie sich dafür ein, dass EU-zertifizierter Hanf bzw. Nutzhanf mit unter 0,2% THC-Gehalt und die daraus hergestellten Produkte aus dem Betäubungsmittelgesetz (BtMG) herausgenommen werden?

CDU CSU

Wir planen keine Änderung der Rechtslage.

SPD

Die SPD hält eine Evaluation des BtMG grundsätzlich für nötig, da wir gerade mit Blick auf Cannabis als Genussmittel zu einem zeitgemäßen Umgang kommen wollen. Wir sprechen uns deshalb insbesondere dafür aus, dass zukünftig der vereinheitlichte Besitz geringer Mengen Cannabis nur noch als Ordnungswidrigkeit behandelt wird. Zur Frage der Herausnahme von Nutzhanf aus dem BtMG hat die SPD aktuell keine Beschlusslage. Wir nehmen Ihren Hinweis daher an dieser Stelle gern auf und werden Ihre Anregung in die Diskussion um eine Evaluation des BtMG gern einfließen lassen und im Rahmen unserer künftigen Regierungsverantwortung aktiv diskutieren.

AfD

Bisher keine Antwort eingegangen.

Freie Demokraten FDP

Wir setzen uns grundsätzlich für eine geordnete Deregulierung im Bereich von Hanfprodukten ein. Neben Genusscannabis betrifft das auch Nutzhanfprodukte. Allerdings wird es aus praktischen Erwägungen und zur Abgrenzung von Hanf mit höherem THC-Gehalt immer einen Regelungsbedarf geben, wir möchten diesen aber möglichst unbürokratisch und kostengünstig gestalten.

DIE LINKE.

Wir fordern z.B. die Förderung des Hanfanbaus in ehemaligen Braunkohlegebieten. Der Anbau von Hanf ist eine aussichtsreiche Chance, innerhalb des Strukturwandels einer ökologischen Nutzung der Bergbaufläche bei gleichzeitigem Angebot von Arbeitsmöglichkeiten unserer Forderung nach einem sozialökologischen Wandel gerecht zu werden.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Ja, wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass Cannabis grundsätzlich aus dem Betäubungsmittelgesetz gestrichen wird. Gerade für Nutzhanf ist die aktuelle Regulierung absurd, da eine Zweckentfremdung extrem unwahrscheinlich und eine Rauschwirkung nahezu ausgeschlossen ist. Die Richtwerte zur Risikobewertung von BfR und EFSA für Produkte aus Nutzhanf müssen angepasst werden und wissenschaftlichen Kriterien entsprechen. Die Zulassung der Sorten darf nicht willkürlich beschränkt werden. Zugelassene Sorten müssen ohne weitere Prüfungen gekauft und angebaut werden können. Bürokratische Hürden sind zu reduzieren. Der Beitrag von Nutzhanf zum Umweltschutz muss anerkannt und die Verwendung der Pflanze für eine klima- und bodenschonende sowie biodiversitätsfördernde Landwirtschaft gefördert werden.

2.3 Grenzwerte und Entbürokratisierung von Nutzhanf

3. Treten Sie dafür ein, dass beim Nutzhanf wieder ein höherer THC-Grenzwert möglich wird? Falls ja, bis zu welcher Höhe (z.B. Schweiz 1,0%)? Welche Entbürokratisierungen streben Sie im Bereich Nutzhanf an (z.B. die Abschaffung der Blühmeldung und Erntefreigabe oder Erlaubnis von Gewächshaus-Anlagen)?

CDU CSU Wir planen keine Änderung der Rechtslage.

SPD Hanf ist eine vielseitig einsetzbare Nutzpflanze, deren Anbau in Deutschland auf vielen Standorten sehr gut möglich ist und sich gut in die Fruchtfolgen vieler Ackerbaubetriebe einfügen kann. Der Anbau von Nutzhanf ist seit 1996 zwar möglich, der bürokratische Aufwand für Landwirt*innen und Verarbeiter*innen ist allerdings vergleichsweise hoch. Daher haben wir im Juni dieses Jahres in einem Fachgespräch im Deutschen Bundestag mit Expert*innen einen möglichen Handlungsbedarf erörtert. Neben einer Anhebung des THC- Grenzwertes für Nutzhanf, kann die gezielte Förderung von Forschung an neuen Sorten, die an die hiesigen klimatischen Bedingungen angepasst sind, den Weg für einen einfacheren Nutzhanfanbau frei machen.

AfD Bisher keine Antwort eingegangen.

Freie Demokraten FDP Wir sprechen uns für einen möglichst bürokratiearmen Nutzhanfanbau aus. Es gilt auch, die THC-Werte und die Prüfmethoden einheitlich festzulegen, dieses soll anhand wissenschaftlicher Erkenntnisse geschehen. Wir setzen uns für eine kontrollierte Abgabe von Cannabis zu Genusszwecken an Erwachsene ein, ebenso für eine einfachere Versorgung von Patientinnen und Patienten mit medizinischem Cannabis. Um "Cannabis Made in Germany" zu wettbewerbsfähigen Konditionen herstellen zu können, fordert die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag, dass – abweichend von den bestehenden Regelungen für Medizinalcannabis – Genusscannabis in speziell gesicherten Gewächshäusern angebaut werden darf. Der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen soll zugelassen werden, sofern dies mit EU-Recht vereinbar ist (BT-Drs. 19/27807).

DIE LINKE. DIE LINKE setzt sich dafür ein den THC-Grenzwert für Nutzhanf auf mindestens 0,6 Prozent in der Trockenmasse anzupassen. Zugelassene Sorten müssen ohne weitere Prüfungen gekauft und angebaut werden können, solange die Verwendung von zertifiziertem Saatgut durch Rechnungsbelege oder Laboranalysen bei Nachbau dokumentiert ist. Darüber hinaus ist bürokratischer Mehraufwand ohne erkennbaren Nutzen abzubauen, wie die Meldepflicht jeder einzelnen bestellten Saatguteinheit (statt Angabe der gesamten Lieferung gebündelt) sowie verpflichtenden Blühmeldungen.

Ja, wir GRÜNE setzen uns für eine Anpassung des THC-Grenzwertes für Nutzhanf auf mindestens 0,6 Prozent in der Trockenmasse ein. Natürliche wetterbedingte Schwankungen machen sonst den Anbau von Nutzhanf zu einem Glücksspiel, bei dem ggf. wertvolle Ressourcen vernichtet werden müssen. Zugelassene Sorten müssen ohne weitere Prüfungen gekauft und angebaut werden können, solange die Verwendung von zertifiziertem Saatgut durch Rechnungsbelege oder Laboranalysen bei Nachbau dokumentiert ist. Darüber hinaus ist bürokratischer Mehraufwand ohne erkennbaren Nutzen abzubauen, wie die Meldepflicht jeder einzelnen bestellten Saatguteinheit (statt Angabe der gesamten Lieferung gebündelt) sowie verpflichtenden Blühmeldungen, die zu einer Verzögerung der Ernte führen können.

2.4 Rechtssicherheit & Grenzwertfindung Cannabinoide (z.B. CBD)

4. Wie ist Ihre Haltung zum Thema nicht-psychoaktive Cannabinoide (z.B. CBD, CBG, CBN) und welchen Rechtsrahmen für den sicheren Umgang mit Cannabinoiden wollen Sie nach der Bundestagswahl umsetzen? Befürworten Sie eine Grenzwertfindung zum sicheren Handel mit nicht-psychoaktiven Cannabinoiden?

CDU CSU

Wir beobachten die wissenschaftliche Debatte zur Verkehrsfähigkeit von aus Nutzhanf hergestellten Produkten aufmerksam und werden weitere Schritte prüfen.

SPD

Nicht-psychoaktive Cannabinoide gewinnen in vielfältiger Hinsicht zunehmend an Bedeutung. Erste Forschungen zeigen, dass diese Verbindungen positive Wirkungen für Patient:innen haben können. Deshalb gehört auch für uns als SPD der Umgang mit CBD und Co. auf die Agenda einer Diskussion um den zukünftigen Umgang mit Hanfprodukten / der Diskussion um Cannabis als Genussmittel.

AfD

Bisher keine Antwort eingegangen.

Freie Demokraten FDP

Gegenüber einem bundeseinheitlichen Grenzwert bei nicht-psychoaktiven Cannabinoiden sind wir grundsätzlich aufgeschlossen. Damit ist es allerdings aus unserer Sicht nicht getan, denn wir benötigen auch einheitliche Prüfmethoden, um hier eine Rechtssicherheit für alle Beteiligten herzustellen. Als Freie Demokraten setzen wir uns für eine kontrollierte Abgabe von Genusscannabis an Erwachsene ein. Wichtig ist uns, dass auch nicht-psychoaktive Cannabinoide nicht in die Hände von Kinder und Jugendlichen gelangen.

DIE LINKE.

DIE LINKE setzt sich dafür ein Nutzhanfzubereitungen, in denen Cannabinoide, u. a. Cannabidiol (CBD), enthalten sind und ihr Gehalt nicht höher ist, als dieser von Natur aus in Cannabis Sativa L. (EU-zertifizierte Sorten) vorhanden ist, weder als "neuartige Lebensmittel" im Sinne der Novel-Food-Verordnung (NFV) noch als Suchstoff einzuordnen. Eine Grenzwertfindung kann dazu beitragen die nötige Rechtssicherheit für die gesamte Wertschöpfungskette zu schaffen.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Die Rechtsunsicherheit im Zusammenhang mit CBD-Produkten treibt viele Unternehmer*innen und Verbraucher*innen um, insbesondere nach der Einstufung einiger CBD-Produkte im Novel Food Katalog der EU. Die zunehmende Repression im Zusammenhang mit CBD ist nicht angemessen und längst durch wissenschaftliche Erkenntnisse überholt. Wir GRÜNE halten es für richtig, einen umfassenden Verbraucher*innenschutz sicherzustellen, ideologisch motivierte Repression ist dafür aber nicht der richtige Weg. Mit dem von uns vorgeschlagenen Cannabiskontrollgesetz, das eine Kennzeichnung der Inhaltsstoffe und Wirkstoffkonzentrationen auf den Produkten einschließt, würde auch für nicht-psychoaktives Cannabis Rechtssicherheit geschaffen.

2.5 Medizinalcannabis - Gleichstellung von Selbstzahlern mit Kassenpatienten

5. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass medizinisches Cannabis künftig für Selbstzahler und Privatpatienten nach den gleichen Standards berechnet wird, wie bei Kassenpatienten?

CDU CSU

Wir planen keine Änderung in § 31 Absatz 6 SGB V zur Kostenübernahme einer Cannabistherapie durch die gesetzlichen Krankenkassen.

SPD

Die unterschiedliche Behandlung von GKV- und PKV-Patient:innen will die SPD seit Langem im Rahmen der Schaffung einer solidarischen Bürgerversicherung überwinden. Denn nur die zukünftig nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip organisierte Verbundenheit der Versicherten schafft letztlich effiziente und zukunftsfähige Versorgungsstrukturen und -angebote im Interesse aller Versicherten. Wir werben daher für andere politische Mehrheiten, da dieses Zukunftsprojekt von der CDU/CSU aus ideologischen Gründen vehement und anhaltend abgelehnt wird.

AfD

Bisher keine Antwort eingegangen.

Freie Demokraten FDP

Die Abrechnung von medizinischem Cannabis nach gleichen Standards wie in der gesetzlichen Krankenversicherung für Selbstzahler und Privatpatienten wird in der Praxis nicht möglich sein. Im System der gesetzlichen Krankenversicherung schließen die einzelnen Kassen Rabattverträge mit Herstellern ab, die ganz unterschiedlich sein können. Als Freie Demokraten setzen wir uns vielmehr für transparente Preise und einen Preiswettbewerb ein, der bei herkömmlichen Arzneimitteln gut funktioniert.

DIE LINKE.

Ja. DIE LINKE fordert selbstverständlich, dass medizinisches Cannabis auf Privatrezept nicht teurer ist, als wenn die Krankenkasse die Kosten übernimmt. Für Selbstzahler ist Medizinalcannabis in der Apotheke eigentlich unbezahlbar. Aber selbst wenn der Preis sinkt, sehen wir als grundlegendes Problem noch immer, dass etwa 40% der Anträge auf Kostenübernahme durch die gesetzliche Krankenkasse abgelehnt werden. Menschen mit schweren Erkrankungen sollten nicht für Medizin, die ihnen hilft, selbst bezahlen müssen. Wir fordern daher den Genehmigungsvorbehalt abzuschaffen.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Wer Cannabis als Medizin benötigt, muss es auch bekommen können. Da jedoch über ein Drittel der Verordnungen von den medizinischen Diensten der Krankenkassen abgelehnt werden, sind viele Patient*innen gezwungen, Cannabis selbstzahlend über ein Privatrezept zu beziehen. Wir GRÜNE setzen uns für eine Streichung des Genehmigungsvorbehalts ein, damit die Kosten zukünftig übernommen werden

2.6 Medizinalcannabis - Vereinheitlichung der Regularien

6. Werden Sie sich für eine bundesweite Vereinheitlichung der Regularien und Verfahrensweisen zu medizinischem Cannabis mit dem Ziel einsetzen, dass auch Cannabisblüten und -Extrakte als Ausgangsstoff für Defektur- und Rezepturarzneimittel zukünftig einheitlich als Wirkstoffe kategorisiert werden?

CDU CSU

Gemäß Apothekenbetriebsordnung muss eine Überprüfung der Ausgangsstoffe in Übereinstimmung mit § 6 der Apothekenbetriebsordnung erfolgen. CDU und CSU werden Apothekerinnen und Apotheker bei der Qualitätssicherung unterstützen, den Aufwand, ohne Abstriche bei der Patientensicherheit, möglichst gering zu halten.

SPD

Die Diskussion in der Schmerzmediziner- und Apothekenszene zur Frage Cannabis als Fertigarzneimittel vs. Cannabisblüten als Grundstoff in der Anwendung verfolgen wir sehr genau. Für uns ist wesentlich für die Beantwortung dieser Frage, was die anhaltenden Studien in Bezug auf die Anwendung von Medizinalcannabis mit Blick auf bestimmte Krankheitsbilder ergeben.

AfD

Bisher keine Antwort eingegangen.

Freie Demokraten FDP

Wir setzen uns für einen Bürokratieabbau bei der Verschreibung und Zubereitung von medizinischem Cannabis ein. In der Praxis ist die Kategorisierung von Wirkstoffen allerdings nicht Aufgabe der Politik, sondern der Fachgremien im Gesundheitswesen.

DIE LINKE.

Die Preisbildung bei Cannabis-Zubereitungen aus der Apotheke ist nach wie vor unnötig aufwändig und uneinheitlich. Die Arbeitsleistung der Apotheke muss sich fair abbilden. Dies hat nichts mit dem Einkaufspreis der Ausgangssubstanzen zu tun. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass für Qualitätsprüfungen eine einheitliche Vergütung unabhängig vom Warenwert, sondern abhängig vom tatsächlichen Aufwand in der Apotheke vereinbart wird. Grundsätzlich muss aber hinterfragt werden, dass Cannabiszubereitungen als Rezeptur/Defektur behandelt werden. Die Vermarktung als Abfüllung könnte auch ohne nochmalige Prüfung in der Apotheke qualitätsgesichert erfolgen.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Zubereitungen von z. B. Cannabisblüten gelten als Rezepturarzneimittel, die mit einem zusätzlichen Aufwand für Apotheker*innen und dadurch höheren Kosten als Fertigarzneimittel verbunden sind. Dabei liegt gerade in dem Zusammenspiel verschiedener Wirkstoffe die Chance für einen medizinischen Nutzen, den Monopräparate nicht in jedem Fall abdecken können. Hierzu besteht weiterer Forschungsbedarf. Zur Einigung über die Cannabis-Preise zwischen GKV Spitzenverband und dem Apothekerverband musste nach Ablauf der Frist im März 2020 die Schiedsstelle angerufen werden. Die nun vereinbarte Neuregelung sieht verringerte Zuschläge für die Apotheken vor (und damit Kosteneinsparungen für die GKV). In Schleswig-Holstein werden auch Blüten als Fertigarzneimittel eingestuft, wodurch die Prüfpflicht und die Mehrkosten entfallen. Die Zuständigkeit für die Einstufung als Fertigarzneimittel liegt bei den Ländern.

7. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass für alle Fälle, in denen die Kostenerstattung für medizinisches Cannabis durch die Krankenkasse unter Einbeziehung des Medizinischen Dienstes erfolgte, ein gesetzlicher Regressausschluss für Ärztinnen und Ärzte eingeführt wird?

CDU CSU Wir planen keine Änderung der Rechtslage.

SPD Wie Sie wissen, unterliegen Regressansprüche der Kassen strengen Voraussetzungen und sind an eine Kaskade von vorgelagerten Informationen, vorheriger Beratung und nachgelagerte Begründungsmöglichkeiten der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte gekoppelt. Sie kommen richtigerweise für verschreibungspflichtigen Arzneimittel gleichermaßen zur Anwendung. Dennoch handelt es sich im Fall von Cannabis als Medizin und die vorherig persönliche Beantragung und Genehmigung der Kassen um eine spezielle Konstellation, die wir in unsere Überlegungen für eine künftige Reform der Verordnung von Cannabis als Medizin in erneuter Regierungsverantwortung einfließen lassen.

AfD Bisher keine Antwort eingegangen.

Freie Demokraten FDP Die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag hat einen Gesetzentwurf vorgelegt (BT-Drs. 19/26181), der eine Abschaffung des Genehmigungsvorbehalts bei der Verordnung von medizinischem Cannabis vorsieht. Gleichzeitig soll es behandelnden Ärzten freigestellt werden, eine Genehmigung zu beantragen. Liegt eine solche Genehmigung vor, sollen Regresse ausgeschlossen werden.

DIE LINKE. Ja. Wir fordern mehr Sicherheit für Ärzt*innen bei der Verschreibung von medizinischem Cannabis. Noch immer sind Mediziner*innen sehr vorsichtig bei der Verordnung von Medizinalcannabis. Die Erfüllung der Voraussetzung, dass Patient*innen austherapiert sein müssen, wird vom medizinischen Dienst immer wieder hinterfragt. Wir wollen, dass Ärtzte ohne Sorge vor Regressansprüchen Cannabis verordnen können.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN Es ist kein tragbarer Zustand, dass die Hürden für Medizinalcannabis besonders hoch sind. Noch immer ist die Skepsis in der Ärzteschaft spürbar, doch zunehmend wird Cannabis als nebenwirkungsärmere Alternative, zum Beispiel zu Opioiden, akzeptiert. Zum Teil erhalten Patient*innen trotz ärztlicher Verschreibung keine Cannabis-Therapie, weil die Krankenkassen keine Genehmigung dafür erteilen. Über ein Drittel aller Anträge wird abgelehnt. In der Begründung zum Gesetzentwurf von 2017 stand jedoch, dass Anträge nur im Ausnahmefall abgelehnt werden sollen. Da sich der Genehmigungsvorbehalt in der Praxis nicht bewährt hat, hat die Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Gesetzentwurf vorgelegt, der eine Streichung des Genehmigungsvorbehalts vorsieht. Zudem könnte geprüft werden, Cannabis als

Praxisbesonderheit anzuerkennen, damit Ärzt*innen nicht aus Sorge vor Regressen auf eine Verordnung von Cannabis verzichten müssen, obwohl es ihren Patient*innen helfen würde.

2.8 Normalisierung des legalen Cannabishandels

8. Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass Anbieter legaler Cannabisprodukte nicht weiter von Zahlungsdienstleistern, Banken und Social-Media-Anbietern ("Shadow- Ban") diskriminiert werden? Befürworten Sie eine Begründungspflicht bei Ablehnung von Dienstleistungen gegenüber den Antragstellern?

CDU CSU

Dienstleistungserbringer dürfen niemanden diskriminieren, haben aber auch eine gewisse Verantwortung für ihre Leistungen. Wir werden deshalb prüfen, welche Maßnahmen umgesetzt werden können, um höchstmögliche Transparenz für die Verbraucher zu gewährleisten.

SPD

Die SPD tritt grundsätzlich für einen Kulturwandel in Sachen Cannabis ein. Es gilt den in weiten Teilen der Gesellschaft bereits praktizierten unverkrampften Umgang aufzugreifen und mit konkreten fördernden ordnungspolitischen Maßnahmen zu begleiten. Ob nun bei der Frage des Umgangs mit Cannabis als Genussmittel in der Gesellschaft bzw. die Umsetzung von Modellprojekten oder mit Blick auf die Bereitschaft der Ärzt:innenschaft zur Verschreibung von Medizinalcannabis an Patient:innen: Wir werben weiter aktiv für jenen Kulturwandel!

AfD

Bisher keine Antwort eingegangen.

Freie Demokraten FDP

Als Freie Demokraten setzen wir auf Marktwirtschaft und Privatautonomie. Das bedeutet allerdings auch, dass kein Anbieter gezwungen werden kann, bestimmte Produkte zu bewerben oder zu bevorzugen oder zu benachteiligen.

DIE LINKE.

Diese Problem muss auf europäischer Ebene gelöst werden, da Zahlungsdienstleister wie PayPal selektiv ihre Dienste verweigern und sich dabei z.B. auf das luxemburgische Bankenrecht beziehen können. Zudem werden in der EU und auch von den deutschen Strafverfolgungsbehörden nicht alle CBD-Produkte als legale Produkte kategorisiert. Wir fordern daher vor allem Rechtssicherheit für CBD-Produkte. Die zwischenzeitlichen Überlegungen der EU-Kommission, CBD als Betäubungsmittel zu klassifizieren, lehnen wir entschieden ab.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Sofern beispielsweise kartellrechtlich aufgrund einer marktbeherrschenden Stellung eine Pflicht zum Vertragsabschluss besteht, ergibt sich daraus grundsätzlich auch eine Begründungspflicht, wenn der Vertragsschluss dennoch abgelehnt oder ein bereits geschlossener Vertrag gekündigt wird. Die Voraussetzungen für einen solchen Kontrahierungszwang sind jedoch zu Recht hoch und eine Begründungspflicht ohne entsprechende Pflicht zum Abschluss des Vertrages liefe letztlich leer. Gleichzeitig haben Zahlungsdienstleister in doppelter Hinsicht eine besondere Verantwortung: Sie dürfen ihre eigene Stellung am Markt nicht missbrauchen und müssen gleichzeitig entsprechend der gesetzlichen Vorgaben sicherstellen, dass ihre Dienstleistungen nicht missbraucht werden. Hohe Standards in Bezug auf die interne Prüfung sind daher unerlässlich und müssen im Rahmen der jeweiligen Zuständigkeit beispielsweise von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht geprüft werden.

3. Auszug aus den Wahlprogrammen zur Cannabis- / Drogenpolitik

CDU CSU

„Nur gemeinsam als Europäische Union können wir Drogenschmuggler, Menschenhändler, international agierende Banden, Gefährder und Terroristen wirksam bekämpfen.", S. 24 f.

Keine Drogen legalisieren, Suchtprävention stärken

„Eine Legalisierung illegaler Drogen lehnen wir ab. Zu groß sind die gesundheitlichen Folgen für den Einzelnen und die Auswirkungen auf Familie, Umfeld und Gesellschaft. Wer legalisiert der stellt gerade nicht Gesundheits- und Jugendschutz in den Mittelpunkt der Drogenpolitik, entzieht sich seiner Verantwortung und lässt Betroffene sowie ihre Angehörigen mit den Problemen allein. Das ist nicht unser Weg.

• Was wir brauchen, sind **Aufklärung sowie frühe und massentauglichere Sanktionen, die der Tat auf dem Fuße folgen und unmittelbar zur Wahrnehmung von Beratungs- und Therapieangeboten veranlassen.**

• Bei legalen Suchtmitteln setzen wir auf verantwortungsvollen Umgang. Dafür braucht es mehr Aufklärung, bessere Hilfsangebote und einen starken Jugendschutz, um den Gefahren des Rauchens und des Alkoholmissbrauchs wirkungsvoll zu begegnen.", S. 66

„Straftäter sind heutzutage oft hochmobil, Banden agieren etwa bei Wohnungseinbrüchen, Menschen-, Drogen- und Waffenhandel längst grenzüberschreitend. Darauf reagieren wir in der Kriminalitätsbekämpfung.", S. 111

https://online.fliphtml5.com/kxyi/eyjg/

SPD

3.14. Gesundheitsschutz, Jugendschutz und Entkriminalisierung bestimmen unsere Drogenpolitik

„Wie Alkohol ist auch Cannabis eine gesellschaftliche Realität, mit der wir einen adäquaten politischen Umgang finden müssen. Verbote und Kriminalisierung haben den Konsum nicht gesenkt, sie stehen einer effektiven Suchtprävention und Jugendschutz entgegen und binden enorme Ressourcen bei Justiz und Polizei. **Eine regulierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene soll in Modellprojekten von Ländern und Kommunen erprobt werden können,** begleitet durch Maßnahmen der Prävention, Beratung und Behandlung im Jugendbereich. **Zudem werden wir bundeseinheitlich regeln, dass der Besitz kleiner Mengen von Cannabis strafrechtlich nicht mehr verfolgt wird.**", S. 52

„Wir bekämpfen organisierte Kriminalität, insbesondere den Menschenhandel, wie auch Drogenhandel, bandenmäßige Wohnungseinbrüche und Wirtschaftskriminalität.", S. 51

https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programm/SPD-Zukunftsprogramm.pdf

Cannabis nur in der Medizin

„Für medizinische Indikationen sollen unter ärztlicher Aufsicht Präparate mit dem Hauptwirkstoff zur Verfügung stehen. Wir befürworten den Ausbau der suchtpsychiatrischen Versorgung für eine dauerhafte Abstinenz von Drogen.", S. 142

„Der erhebliche Anteil von Ausländern insbesondere bei der Gewalt- und Drogenkriminalität, aber auch bei öffentlichen Unruhen, führt derzeit viel zu selten zu ausländerrechtlichen Maßnahmen.", S. 77

https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2021/06/20210611_AfD_Programm_2021.pdf

„**Kontrollierte Freigabe** von Cannabis

Wir Freie Demokraten fordern eine kontrollierte Freigabe von Cannabis. Wir setzen uns dafür ein, den Besitz und Konsum für volljährige Personen zu erlauben. Nur mit einem Verkauf in **lizenzierten Geschäften** können die Qualität kontrolliert, die Weitergabe von verunreinigten Substanzen verhindert und der Jugendschutz gewährleistet werden. Wenn Cannabis ähnlich wie Zigaretten besteuert wird, können jährlich bis zu einer Milliarde Euro eingenommen werden. Zu beachten bleibt jedoch, dass eine zu hoch angesetzte Steuer und damit ein entsprechend hoher Preis nicht zur effektiven Eindämmung des Schwarzmarktes führen wird. Das zusätzliche Geld soll für Prävention, Suchtbehandlung und Beratung eingesetzt werden. Das Verbot von Cannabis kriminalisiert unzählige Menschen, bindet immense Polizeiressourcen und erleichtert durch illegalen Kontakt zu Dealern den Einstieg zu härteren Drogen.", S. 30

https://www.fdp.de/sites/default/files/2021-08/FDP_BTW2021_Wahlprogramm_1.pdf

„Wir fordern die **Förderung des Hanfanbaus in ehemaligen Braunkohlegebieten**. Der Anbau von Hanf ist eine aussichtsreiche Chance, innerhalb des Strukturwandels einer ökologischen Nutzung der Bergbaufläche bei gleichzeitigem Angebot von Arbeitsmöglichkeiten unserer Forderung nach einem sozialökologischen Wandel gerecht zu werden.", S. 68f.

Schluss mit der Kriminalisierung der Drogen

„DIE LINKE setzt sich für einen Paradigmenwechsel ein: weg von der Strafverfolgung, hin zu Prävention, Beratung und Hilfe. Wir sehen es nicht als Aufgabe der Politik an, Menschen zu erziehen, sondern ihnen eine informierte und risikobewusste Konsumentscheidung zu ermöglichen. Wir wollen den Wunsch nach Rausch nicht moralisch werten. Er ist ein Bestandteil der Kultur, auch wenn damit Risiken und mögliche Schäden verbunden sind.

Nur durch eine gute Gesundheits- und Sozialpolitik ist eine Schadensreduzierung möglich.Mit dem Verbot von Drogen werden die Risiken für Konsumierende und Gesellschaft nicht wirksam reduziert. Es verhindert weder den Drogenhandel noch

senkt es wirksam den Konsum. Die Gesundheitsgefährdung durch Streckmittel, die Finanzierung der organisierten Kriminalität, Beschaffungskriminalität, sozialer Abstieg von Abhängigen, Begleiterkrankungen wie HIV/Aids und Hepatitis – viele drogenbezogene Probleme werden mehr durch die Repression verursacht als durch die Drogen selbst. Zugleich bindet die Repression große finanzielle Mittel: Mehrere Milliarden Euro werden für die Strafverfolgung ausgegeben, für Hilfe und Prävention nur ein Bruchteil davon. Drogen und Sucht sind ein Spiegel der Gesellschaft: Abhängig sein kann man nicht nur von illegalen oder legalen Substanzen, Tabak oder Alkohol, sondern zum Beispiel auch von Glücksspiel, Medikamenten und Energydrinks. Sucht hat vielfältige soziale und psychologische Ursachen und sollte – wie andere Erkrankungen auch – nicht als Versagen einzelner Menschen interpretiert werden.

- Wir wollen **Cannabis legalisieren**. Wir wollen eine vorrangig nichtkommerzielle Bezugsmöglichkeit schaffen und den Besitz sowie Anbau zum eigenen Bedarf erlauben. Als zeitlich befristete Übergangslösung schlagen wir **Modellprojekte zur legalen Verfügbarkeit in den Bundesländern bei gleichzeitiger bundesweiter Entkriminalisierung** der Konsumierenden vor.
- **Die gesetzlichen Regeln zur medizinischen Verwendung von Cannabis müssen im Sinne der Patient*innen geändert werden. Der Zugang muss entbürokratisiert werden. Der Einsatz von Cannabis als Medizin muss auch bei weniger schweren Erkrankungen ermöglicht und der Genehmigungsvorbehalt der Krankenkassen abgeschafft werden. Wir wollen die Versorgungssicherheit verbessern, indem mehr Cannabis als Medizin in Deutschland angebaut wird. Die Bestimmungen zum Fahren von Fahrzeugen bei medizinischer Verwendung von Cannabis müssen endlich klar geregelt werden.**
- Substitutionstherapie muss allen Opioidabhängigen offenstehen. Der Zugang und die Behandlung müssen vereinfacht werden, vor allem auch in Haftanstalten. Dazu brauchen wir unter anderem mehr Substitutionsärzte. Auch die diamorphingestützte Behandlung (Heroinvergabe) und die Take-Home-Regelung sollen ausgebaut werden. DIE LINKE fordert eine unabhängige wissenschaftliche Überprüfung, ob die bisherige repressive Drogenpolitik ihre Ziele erreicht und welche Nebenwirkungen sie entfaltet hat.
- Wir wollen die Kriminalisierung von Konsumierenden beenden. Dafür sollen für häufig gebrauchte Drogen bundeseinheitliche Höchstmengen festgelegt werden, bei deren Besitz keine Strafverfolgung erfolgt. In diesen Fällen muss die Strafverfolgung durch Beratungs- und Hilfsangebote ersetzt werden. Zudem werden so Mittel frei, die Organisierte Kriminalität zu bekämpfen.
- Im Vordergrund muss stehen: Schaden reduzieren und Leben retten. Deshalb wollen wir schadensminimierende Maßnahmen ausbauen. Wir wollen einen flächendeckenden Zugang zu Drogenkonsumräumen, zu sterilen Konsumutensilien und zur Take-home-Vergabe von Naloxon, das bei Opioidüberdosierung lebensrettend ist. Wir wollen, dass analysegestützte Präventionsprogramme (Drug Checking) ausdrücklich ermöglicht und von den Ländern durchgeführt werden. Wir wollen die Regelungen über Drogen im Straßenverkehr anpassen. Für alle Drogen werden Grenzwerte für die Blutkonzentration festgelegt, bei denen eine Einschränkung der Fahrtüchtigkeit praktisch ausgeschlossen werden kann. Dabei soll das Nüchternheitsgebot nicht angetastet werden. Cannabis- und alkoholkonsumierende Führerscheininhaber*innen wollen wir rechtlich gleichstellen.

- Werbung und Sponsoring für Tabak- und Alkoholprodukte in der Öffentlichkeit wollen wir verbieten. Wir plädieren für die Einhaltung der Vorgaben der WHO-Tabakrahmenkonvention. Tabakprodukte sollten in einheitlichen Verpackungen angeboten werden wie beispielsweise in Australien. Wir wollen den Nichtraucher- und Jugendschutz weiter ausbauen. Der Konsum von E-Zigaretten sollte als weniger schädliche Alternative zum Tabakkonsum angesehen und daher auch in steuerlicher Hinsicht günstiger gehalten werden.", S. 131 f.

https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2021/Wahlprogramm/DIE_LINKE_Wahlprogramm_zur_Bundestagswahl_2021.pdf

Für eine verantwortungsvolle Drogen- und Suchtpolitik

„Wir wollen einen Wechsel in der Drogenpolitik, der Gesundheits und Jugendschutz sowie die Befähigung zum eigenverantwortlichen Umgang mit Risiken in den Mittelpunkt stellt. Grüne Drogenpolitik beruht auf den vier Säulen Prävention, Hilfe, Schadensminimierung und Regulierung. Das heutige Betäubungsmittelrecht ist reformbedürftig. Auf dem Schwarzmarkt existiert kein Jugend- und Verbraucherschutz. Wer abhängig ist, braucht Hilfe und keine Strafverfolgung. Grundsätzlich soll sich die Regulierung von Drogen an den tatsächlichen gesundheitlichen Risiken orientieren. Wir wollen Kommunen ermöglichen **Modellprojekte** durchzuführen und sie dabei unterstützen, zielgruppenspezifische und niedrigschwellige Angebote in der Drogen- und Suchthilfe auszubauen. Hierzu zählen etwa aufsuchende Sozialarbeit, Substanzanalysen (Drug Checking), Substitutions- und Diamorphinprogramme (auch in Haftanstalten) und Angebote für Wohnsitzlose sowie die bessere Vermittlung in ambulante und stationäre Therapie. Wir wollen Hindernisse für die Substitution durch Ärzt*innen und Ambulanzen abbauen. Wir stärken die Suchtprävention mit modernen Ansätzen und digitalen Medien unter Einbeziehung der Zielgruppe, auch für Alkohol, Medikamente und Tabak. **Den Nichtraucherschutz wollen wir stärken. Für Drogen soll nicht geworben werden. Das derzeitige Verbot von Cannabis verursacht mehr Probleme, als es löst. Deshalb werden wir dem Schwarzmarkt den Boden entziehen und mit einem Cannabiskontrollgesetz auf der Grundlage eines strikten Jugend- und Verbraucherschutzes einen regulierten Verkauf von Cannabis in lizenzierten Fachgeschäften ermöglichen und klare Regelungen für die Teilnahme am Straßenverkehr einführen. Die Versorgung mit medizinischem Cannabis wollen wir verbessern und die Forschung dazu unterstützen.**", S. 129

https://cms.gruene.de/uploads/documents/Wahlprogramm-DIE-GRUENEN-Bundestagswahl-2021_barrierefrei.pdf

4. Weiterführende Materialien

Hier erhalten Sie weitere Informationen zu den Themen unserer Fachbereiche Medizinalcannabis, CBD, Nutzhanf & Lebensmittel sowie Technik, Handel & Dienstleistung:

Positionen aus dem Fachbereich Medizinalcannabis:
https://start.cannabiswirtschaft.de/wp-content/uploads/2020/11/Elemente-Nr.-3-Medizinalcannabis-.pdf

Positionen aus dem Fachbereich Technik, Handel & Dienstleistung:
https://start.cannabiswirtschaft.de/wp-content/uploads/2021/04/Elemente_11_Positionen_TechnikHandelDienstleistung_BvCW_2021.pdf

Positionen aus dem Fachbereich Nutzhanf & Lebensmittel:
https://start.cannabiswirtschaft.de/wp-content/uploads/2021/05/ELEMENTE12_Nutzhanf_Positionierungen_BvCW.pdf

Positionen aus dem Fachbereich CBD & andere Cannabinoide:
https://start.cannabiswirtschaft.de/wp-content/uploads/2021/08/ELEMENTE_16_Nutzhanfblüten_CBD_BvCW.pdf

Aussagen von Bundestagsabgeordneten zu CBD:
https://start.cannabiswirtschaft.de/wp-content/uploads/2020/11/BvCW_ELEMENTE_7_Mitglieder_des_BundestagesMdB_Aussagen_zu_CBD.pdf

Aussagen von Bundestagsabgeordneten zu Medizinalcannabis:
https://start.cannabiswirtschaft.de/wp-content/uploads/2021/03/BvCW_ELEMENTE_9_Mitglieder_des_BundestagesMdB_Aussagen_zu_Medizinalcannabis.pdf

Deutscher Bundestag (2021). Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft. Bundestagsdrucksache 19/31100:
https://dserver.bundestag.de/btd/19/311/1931100.pdf